

die notwendig von der anderen Seite Abneb fanden. Diese Absicht ist es, die von den offiziellen und Unterrichtsläden regelmässig als gegen den Thron gerichtet gebilligt wird. Es handelt sich dabei weniger um einen Kampf zwischen dem Grafen Caprivi und dem Fürsten Bismarck, als um Verherrlung, Erhaltung und Verstärkung kaiserlicher Verhältnisse gegen den französischen Reichskanzler. Die Absicht wird mit zwei Jahren am 1. Mai 1890 in das erste in der Deutschen Reichsstadt bekannt gewordene authentische Document überliefert. Auch in diesen Jahren, bei dem Kaiser Bismarck, ist es unseres Wissens weder der persönliche Einfluss des Grafen Caprivi gewesen, welcher die Aufführung des Kaisers, wie sie sich in den Südwässern des Rheins zur Verlobung des Grafen Herbert ausdrückte, eine andere Richtung zu geben gewollt hat, die in dem Urteil nach oben vom 9. Juni 1892 nur bestätigt und in der amtlichen Veröffentlichung desselben enthalten. Wir haben keinen Zweifel darüber, dass die wohlwollende Stimmung des Kaisers noch bis zur kleinen Begegnung andauerte und dass die Verhandlung in verschiedenen durch amtliche Erwähnungen bezeichneten werden. Daß der Kaiser, als er den Grafen Herbert Bismarck zu seiner Verlobung beglückwünschte, noch nicht die Absicht gehabt haben kann, das Verbot der Verherrlichung der Diktatur zu genehmigen, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen.

* **Wilhelmsbrosen.** 21. Juli. Die Männerversetzung ist heute früh 8 Uhr nach Norwegen abgedampft, um dem vor der Nordlandsfahrt zurückkehrenden Kaiser entgegenzufahren.

* **Oppeln.** 20. Juli. Die polnisch-kirchliche Partei in Schlesien trifft vereit ihre Begeisterung zum zweiten Empfang des Kultusministers Dr. Basse. Wie die "Oeromania" mittheilt, hat aufschlüssig des borschtschitschen Ministerbesuch am 17. d. M. der heilige polnisch-litauische Verein eine Versammlung abgehalten, in welcher beschlossen wurde: 1) eine aus drei polnisch-litauischen Familienbüren bestehende Abordnung zu wählen, welche sich dem Minister gegenüber im Namen aller Eltern über die gegenwärtigen Schulverhältnisse beklagen und die Wünsche der polnischen Eltern vertragen soll; 2) außerdem sollen diese Delegierten und Wünsche dem Minister auch schriftlich überreicht werden; 3) zum nächsten Sonntag sollen in allen Gemeinden Versammlungen berufen werden, in denen im Auftrage der Eltern die Ordensväter oder andere Vertreterinnen die obige schriftliche Beschwerde unterzeichnen sollen. Offensichtlich wird man auf deutscher Seite nicht die Hände in den Schoß legen und dafür Sorge tragen, daß Dr. Basse und die Delegierten der Angelegenheit, welche für einen preußischen Minister die Hauptseite habe, aus persönlicher Anschauung kennen lernen.

* **Görlitz.** 21. Juli. (Telegramm.) Die drei jüngsten kaiserlichen Prinzen sind seit dem Freitagvormittag in Schleswig-Holstein am 4. Uhr Nachmittags hier eingetroffen und haben sich von der Station Wilhelmsbrosen nach dem Schloss begeben.

* **Tübingen.** 20. Juli. Fürst Bismarck teilte seinen Tübinger Gefährten die Absicht mit, einen Tag auf der Rückreise in Berlin zu verweilen.

* **München.** 21. Juli. (Telegramm.) Den Münchener Neuenen Nachrichten zufolge hat die Bayerische Regierung eine Enquete, besonders bei Industriellen und Gewerbetreibenden wegen ihrer Absicht über eine Weltausstellung in Berlin veranlaßt. Über Bayern, Rheinland und Württemberg, besonders Nürnberg, sollen zu entscheiden dafür, die übrigen Beiträge noch in beobachteter Form, jedoch nur bedingungsweise dafür angesprochen haben.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien.** 21. Juli. Nach einer offiziellen Verlausbarung wird die Nachricht von einer Verfolgungserziehung im Gefolge des Grafen Taaffe, welcher an einer Blutkrankheit leidet, als vollkommen unbegründet bezeichnet. Zugleich wird versichert, daß der Graf in den letzten Tagen keine amtlichen Agenten auf schriftlichem Wege regelmässig erlebt habe. Auf Schloß Eichhorn, wo sich der Minister-Praesident aufhält, weilt auch dessen langjähriger General, Herr Regierungspräsident Dr. Pfeiffer.

— Zur Laufe der gestrigen Debatte des Abgeordnetenhauses über das Valuta-Komitee-Gesetz bildete Abgeordneter Szepeswaldi, veranlaßt durch Neuerungen des Abgeordneten Bojaj über Russland, die Lage der Post in Russland. Heute vertheidigte die österreichischen Polen gegen den Komitee Bojaj, die beiden Stimmen nur an sich gegen Russland für die Valuta-Bestlagen und wollen die Monarchie in einem Krieg verhindern. Wo würde der Krieg hinführen? fragte der Abgeordnete und fuhr fort: „Nur auf polnischen Gebiete.“ Ein König wäre mit den schwäbischen Opfern für die politische Bevölkerung verhandeln, weshalb er nie zum Krieg leichtfertig werde. Die lokale Oesterreich wurde den Polen niemals den Staat, welcher ihnen einen gefährlichen Ort verliehen habe, in ein politisches Magnat verstoßen. Der rumänische Abgeordnete Bojaj in Sibiu schied die Lage der Posten in Russland, wo die rumänische Sprache und Rinde und Sprache vollständig verbannt sei. Solche Worte gelten jetzt genauer, Erleichterungen wie die jüngsten Ereignisse in Rumänien zu fordern. In Österreich sollte den Rumänen vol. Rumänien zu wünschen sein, so kann jedoch kein Nationalität, Sprache und Rinde zeigen. Die Wiederholung dieses Gesetzes ist die Valuta-Bestlagen in dritter Bedeutung an. — Der Handelsminister antwortete auf die Zensur des Komitee-Comites, die Handelsverträge verbinden zwischen Deutschland und Rumänien hier noch nicht eingetragen. Die Regierung habe keinen Grund, anzunehmen, der handel Oesterreich-Ungarn mit Rumänien werde durch Einführung derselben beeinträchtigt. Die Regierung widmete der Auslegung des Valuta-Komitees und steht mit Deutschland in Führung. Das Abgeordnetenhaus verfügt sich, nachdem es die Delegationsreden vorgenommen hatte.

Frankreich.

* **Paris.** 21. Juli. Nach einer Meldung des "Petit Parisien" erhält die französische Regierung in der vergangenen Woche ein Telegramm aus dem Auslande, wonach eine Anzahl Anarchisten französischer Nationalität, mit Sprengmaschinen und Dynamit versehen, nach Paris abgereist seien. Ungefahre Angaben darüber liegen einem Pariser Hotel zwei von diesen Anarchisten verhaftet und bei ihnen vorgefundene Chemikalien und Sprengmaschinen beschlagnahmt worden. Es wird mehrheitlich bestätigt, daß die Polizei Beweise hält, daß die Anarchisten am Nationalfest des 14. Juli vorliegen. Die Polizei, das Präsidium Bourdon in die Lust zu sprengen beschäftigt. Zwei Radikalpioniere Raoul Dubois und Parmentier sind verhaftet worden. Den übrigen Theilnehmern des Complots ist infolge einer Indiscretions die Flucht ermöglicht worden. — Es kommt jedoch zum mehrstündigen Aufenthalt nach Fontainebleau.

* **Paris.** 21. Juli. Wie der "Athenische Zeitung" von hier ausführlich mitgetheilt wird, veröffentlicht die dortige "Société" eine russische Schriftklasse, welche zu einem amtlichen Schriftwechsel der russischen Vertretung in Bukarest mit dem östlichen Departement in St. Petersburg gehört. Die aus dem Herbst und Winter 1887 herauströmende Schriftklasse prüft ihre Echtheit vorangegangen, daß die russische Regierung gleich nach Aufnahme des Prinzen Ferdinand im Lande bestrebt gewesen ist, jede Gelegenheit zu benutzen, um den Prinzen wieder aus Bulgarien zu entfernen. Das östliche Departement fordert in diesem Schriftwechsel die russische Vertretung in Bukarest auf, jedes Unternehmen gegen den Prinzen, welcher als außerhalb der Grenze stehen angeholt werden, zu verhindern und gibt eine Direktion für Unterhandlungen mit Toniza,

dieses Landes begraben zu lassen. Aber diese Seite erledigt zahlreiche Aufgaben. Um nur ein Beispiel anzuführen, so glaubte die französische Regierung sich nicht daran verhalten zu müssen, als die spanische Regentin unlangst in San Sebastian war, König Humbert verdient umsonst einer Ehrenbezeugung unterseits, als er erwiesen war, daß er einen Feind ih. Wenn Wilhelm II. sich unserer Grenz näherte, so würden wir uns keinerlei Mühe machen. Warum sollten wir es für seinen Vorfahren tun, ihm, der es ebenso hört mit uns meint. Unter Geschmächer nach Genna schieden, um zu degradien, welcher der italienischen Oberhoheit Hoch sprach und sich zum Ballon unserer Feinde hingezogen. Aber wäre eine widerwärtige Demütigung unserer nationalen Flagge. Mögen sich vor Gewissen begegnen — das ist in der Ordnung. Das französische Geschwader darf sich bei einer solchen Isolierung nicht einfinden; denn damit würde es gewissermaßen die Koalition annehmen helfen, die gegen und gerichtet und deren Behandlung die Vereinigung jener Geschwader ist! — Die Urtheile der französischen Prese über die Parade in Boulogne am 14. Juli stimmen darin überein, daß alles auszeichnet gegangen sei. Haltung und Vorbeimarsch der Truppen wurden als vorzüglich bezeichnet. Ein anderes Urtheil war "Aeneis Militaire". Das Kapitell stellt fest, daß nur die Kontrollen unterstreichen die vorzüchtmäßige Anlage des Schritts und das richtige Tempo gehabt hätte. Man habe lange in der französischen Armee die Schritte weite zu vertragen, anderes aber das Tempo schneller zu nehmen. Am anfallendsten sei dies bei den Militäräussern und den Specialtruppen gewesen. Die Jägerbataillone hätten durch vollkommene Auffassung beim Vorbeimarsch beweisen und durch den verschiedenen Tact der einzelnen Maßcorps seien beim Anfang zum Vorbeimarsch Schwierigkeiten vorgekommen.

Großbritannien.

* **Edinburgh.** 20. Juli. Nach achtstündigem Aufenthalt im Hochland-Country Club trat Gladstone heute seine Rückreise nach Hawarden Castle an. Er hat sich augenscheinlich sehr erholt. — Die jüngste britische Abgeordneten jaudten auf Gladstones folgenden Drahtzug: "Dem unermüdlichen Vorläufer für Fortsetzung und Selbstverwaltung sprechen die gebrochenen Abgeordneten des Königreiches Böhmen ihre Bewunderung und ihre Sympathie aus."

Scandinavien.

* **Göteborg.** 20. Juli. Nach achtstündigem Aufenthalt im Hochland-Country Club trat Gladstone heute seine Rückreise nach Hawarden Castle an. Er hat sich augenscheinlich sehr erholt. — Die jüngste britische Abgeordneten jaudten auf Gladstones folgenden Drahtzug: "Dem unermüdlichen Vorläufer für Fortsetzung und Selbstverwaltung sprechen die gebrochenen Abgeordneten des Königreiches Böhmen ihre Bewunderung und ihre Sympathie aus."

* **Hannover.** 20. Juli. Der radikale Großküngeschäftsführer Rinde brachte einen Antrag auf eine fünfjährige Frist von 100 000 Kr. ein, welche Veränderung bei dem nächsten Thronfolger praktisch werden sollte. Der Antrag wurde zu früherer Verhandlung prüfend gestellt. Bis jetzt bezieht der Unionstag aus Norwegen 336 000 Kr. und der Kronprinz 50 000 Kr.; offenbar will man mit dem Vorschlag den jungen Thronfolger treffen, der seinen Vater in der Unabhängigkeit gegen den norwegischen Radikalismus verteidigen soll. Zur Verhandlung über die Stimmung in Schweden ist unterstellt, jüngerer Sohn des Königs, Prinz Karl, aus Stockholm in Christiania eingetroffen, derselbe gilt bei den norwegischen Radikalen sehr militärisch. Broischen den König und Ihren Staat waren am Abend des 15. Juli die Vergangungen abgebrochen; der König drohte mit der Abreise und der Verzettelung eines außerordentlichen Reichstags nach Karlsruhe, Nähe der Grenze beider Reiche, davonhatte er am 18. d. M. Herr Stang die Verhandlungen mit dem Schloss wieder aufgenommen, um die last telegraphisch verhindern. Der conservativer Staatsminister soll die Radikalität gegenüber dem Großküngeschäftsführer in der Consulatfrage wie die Einsetzung eines beiden Vätern gemeinsamen und verantwortlichen Staatsministers verlangt haben, der schwedischer oder norwegischer Nationalität sein könnte; die Schweden wollten dazu einen gemeinsamen Staatsrat mit gemeinsamer Landesverteidigung, während bisher die norwegische Landesvölkerei in ihren eigenen Grenzen zu dienen braucht. Goensi wurde über das klügste Recht des Königs zur Aufzehrung des Großküngeschäftsführers verhandelt, dessen Wirkungswert allmählich sehr beständig auf sein Eigenleben bis zum jüngsten Tage vorliegt, das nun auch die 12 Kronen Parlamentsländen ganz angenehm bewertet werden läßt, glaubt man doch nach der am 1. Juli eingetretenen budgetären Regimentsführung an die Verlängerung der provisorischen Budgetverteilung vom 1. August bis 1. Oktober, woran sich das Großküngeschäftsführer bis zum 1. September verlängert wird.

Rußland.

* **Petersburg.** 20. Juli. Wie verlautet, ist Wissengrabski, der für dringliche Hilfe seltz eine verfrühte Rücksicht angeboten hatte, wegen der Ablösung der Welle in Polen-Kongress verhandelt worden, für die bevorstehender lebhaft eingetreten sei, während der Kaiser wegen der voran erwartenden sanitären Gefahren damit einverstanden sei, daß die Welle nicht abhalten zu lassen. Kenner Wissengrabski halten es für zweifellos, daß die Cholera dort hin kommen werde. Gehey wird auch dort scharf unter dem Volk. Gegen einen abgeschafften Peyer, den Kleinbürger Riazow, der dem vorliegenden Volk wichtig ist, gäbe gar keine Cholera und die Menschen würden lediglich begradigt werden. Der Gouverneur General Baranow ein drastisches Beispiel an. Er soll ihn zwangsläufig als Lazarettgebäude in das schwammige Choleralazarett gestellt haben, damit er Gelegenheit habe, sich vom Gegenseit zu überzeugen. Dennnoch müßte ja bereits die Cholera in Polen-Kongress sein. Wissengrabski soll überzeugt für den Polen des Finanzministeriums bestimmt sein, da seine Geschicklichkeit für das Finanzministerium auf die Dauer doch nicht anzurechnen würde. Der junge Präsident, Geheimrat Abala, ist befähigt für lange Zeit zu dienen. Als Wissengrabski's Nachfolger wird der Verkehrsminister Witte genannt, an dessen Stelle Oberst Wendrich treten soll. — Nach Petersburger Bankierbedecktheit hängt die Rücksicht des Finanzministers Wissengrabski nach Petersburg mit der dringend notwendig gewordenen Aufnahme einer Kreditlinie zusammen. — Vorauftischlich findet am Dienstag eine Sitzung der Getreidekommission statt, welche mit der Aufstellung des Roggenzauberverbots sich beschäftigen dürfte. Es verlautet, alle beteiligten Minister wären für die Aufstellung. Da Interessenkreise wird daraus geschlossen, die Aufstellung. Da Interessenkreise wird daraus geschlossen, die Aufstellung des Roggenzauberverbots wurde bereits vor dem 1. August alten Stils erfolgen.

Orient.

* **Sofia.** 21. Juli. Wie der "Athenische Zeitung" von hier ausführlich mitgetheilt, veröffentlicht die dortige "Société" eine russische Schriftklasse, welche zu einem amtlichen Schriftwechsel der russischen Vertretung in Bukarest mit dem östlichen Departement in St. Petersburg gehört. Die aus dem Herbst und Winter 1887 herauströmende Schriftklasse prüft ihre Echtheit vorangegangen, daß die russische Regierung gleich nach Aufnahme des Prinzen Ferdinand im Lande bestrebt gewesen ist, jede Gelegenheit zu benutzen, um den Prinzen wieder aus Bulgarien zu entfernen. Das östliche Departement fordert in diesem Schriftwechsel die russische Vertretung in Bukarest auf, jedes Unternehmen gegen den Prinzen, welcher als außerhalb der Grenze stehen angeholt werden, zu verhindern und gibt eine Direktion für Unterhandlungen mit Toniza,

der bereits im Jahre 1887 seine Dienste anbot. Mit Hilfe des italienischen Komites sei die Bande eines gewissen Stabelow bewaffnet und deren Organisation von Stabelow geleitet worden. Für den Fall der Entfernung des Prinzen Ferdinand aus Bulgarien habe Russland das bulgarische Heer vertreiben wollen, indem in jede Compagnie zur Hälfte Russen eingesetzt werden sollten. Die bulgarische Sowje sollte nicht das Recht haben, einen anderen Kandidaten als den von dem russischen Kommissar vorbereiteten für den bulgarischen Thron zu wählen. Das wünschenswerteste Ziel sei jedoch, daß Bulgarien von einem russischen Statthalter regiert werde, der seine Weisungen vom russischen Kaiser erhalten.

Afrika.

* **Tanger.** 21. Juli. Die Feindseligkeiten zwischen den marokkanischen Truppen Angoras haben begonnen, drei Dörfer in der Nähe Tangers sind von den Angreifern niedergebrannt worden. Eine Reutermeldung bestätigt durchweg die Nachricht von dem Abruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen den englischen Gesandten Smith und dem Sultan. Smith habe dies am 12. Juli verlassen und am 13. Juli ein Lager südlich Melego vor sich entzogen. Er habe sich den dortigen gesetzten Vertretern des Sultan gegenüber geweigert, den verstellten Vertrag zu unterschreiben. Er sei nach Rabat zurückgekehrt, wo die Gesandtschaft am 22. Juli erwartet wird. Die "Times" meldet Rebellen und sagt hinzu, man glaube, der Sultan habe die Vertragunterzeichnung in Folge französischer Intrigen ab. Die französische Gesandtschaft treffe Verhandlungen nach dem Ende des Vertrags über eigentliche Handelsbedingungen und Strafe.

Amerika.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

Amerika.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover, um die Dienstzeit aufrecht zu erhalten.

* **Hannover.** 21. Juli. Der Gouverneur von Hannover antwortete auf das Gesuch der Domänenleute Bürger und Landesbeamte auf die Frage der Truppen, die Soldaten müssten in der Stadt verbleiben; er selbst verbleibe möglicherweise den Sommer in Hannover